

L-01 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.09.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Kinderarmut

1 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

2 Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen
3 angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug – Dinge,
4 die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den
5 sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie
6 Deutschland nicht hinnehmbar.

7 Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie
8 die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer
9 Familie. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und
10 kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen
11 Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.

12 Es ist skandalös, dass allein Kinder zu bekommen in Deutschland ein Armutsrisiko darstellt.
13 Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem
14 Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem
15 Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern
16 ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass damit die Schwächsten
17 der Gesellschaft besonders unter Druck stehen, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die
18 Senatsverwaltungen unter der rot-rot-grünen Regierung in Berlin mit der Landeskommission zur
19 Prävention von Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage
20 von armen Familien in Berlin.

21 Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht und sie die Armut
22 nicht spüren. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem Weg aus der Armut ihrer Kinder
23 scheitern sie häufig an formalen Hürden, an den Vorurteilen der Arbeitgeber*innen und auch
24 an öffentlichen Institutionen. Die Hürden komplizierter und als stigmatisierend empfundenener
25 Antragsverfahren sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.

26 Auch die Unterschiede zwischen den Bezirken, Stadtteilen und sogar Nachbarkiezen sind
27 gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist
28 in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind
29 weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lübars „nur“ jedes 16.
30 Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte
31 dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind
32 die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in
33 Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller
34 Kinder.

35 Auch das ist entscheidend für einen katastrophalen Armutskreislauf. In den von Armut
36 besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die Bildungsqualität
37 geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Dadurch sinken die
38 Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können.

39 Hier setzt die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial
40 benachteiligter Quartiere dreier Senatsverwaltungen an. Dabei sollen Aktivitäten stärker
41 koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger

42 Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. Denn wir haben die Verantwortung für
43 alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich
44 entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.

45 Wir werden daher den Armutskreislauf auf allen drei Ebenen durchbrechen: Wir wollen die
46 Kinder materiell eigenständig absichern, die institutionelle Förderung und Begleitung der
47 Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu
48 aufstellen.

49 Wege aus der Kinderarmut – die grüne Kindergrundsicherung

50 Arm ist zuallererst, wer kein oder zu wenig Geld hat. Daher ist Kinderarmut auch stets
51 Familienarmut. Kinder sind jedoch keine kleinen Erwachsenen oder Anhängsel ihrer Eltern, sie
52 sind Träger*innen eigener Rechte und haben eigene Bedarfe. Wir wollen arme Kinder
53 eigenständig absichern, um die materielle Seite der Kinderarmut zu beheben. Dabei setzen wir
54 auf die Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung. Die Bundestagsfraktion von
55 Bündnis 90/Die Grünen hat dazu ein konkretes Konzept entwickelt, das wir auch als Berliner
56 Bündnisgrüne unterstützen.

57 Denn die bestehende Familienförderung in Deutschland ist ein massiv ungerechtes Drei-
58 Klassen-System: Wohlhabende Familien erhalten völlig unbürokratisch hohe Kinderfreibeträge,
59 gesichert durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Familien mit kleineren und
60 mittleren Einkommen erhalten unbürokratisch das Kindergeld, das bereits niedriger liegt als
61 die hohen Kinderfreibeträge, von denen Wohlhabende profitieren. Beide profitieren von einer
62 automatischen Prüfung zu ihren Gunsten durch das Finanzamt. Dagegen müssen Familien, deren
63 Einkommen nicht für alle Familienglieder reicht oder die vollständig auf Sozialleistungen
64 angewiesen sind, mehrfach im Jahr bei völlig unterschiedlichen Behörden Unmengen
65 komplizierter Anträge stellen. Dabei wird das Kindergeld mit anderen Sozialleistungen
66 verrechnet, netto also nicht gezahlt – gerade die Kinder, die Kindergeld am dringendsten
67 brauchen, sind damit vom Bezug ausgeschlossen. Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag
68 oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind so kompliziert, dass die meisten
69 Familien sie weder kennen noch beantragen. Familien, die ohnehin schon mehr Geld haben,
70 werden so staatlich gefördert, während für die Ärmern Hürden aufgebaut werden.

71 Das wollen wir ändern! Die vielfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit der
72 Einführung einer grünen Kindergrundsicherung lösen – wir begrüßen, dass unsere
73 Bundestagsfraktion hierzu ein Konzept vorgelegt hat. Sie ist dynamisch an die Entwicklung
74 der Lebenshaltungskosten angepasst, wird automatisch ausgezahlt und als eigenständige
75 Leistung nicht mehr auf das Einkommen der Eltern angerechnet. Dafür wollen wir das
76 soziokulturelle Existenzminimum neu berechnen und an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern
77 bemessen. Wir wollen die Hineinrechnung von Familien, die Sozialgeld bekommen, beenden. Ein
78 Garantiebetrag für alle ersetzt Kindergeld und die Kinderfreibeträge, unabhängig vom
79 Einkommen der Eltern, und ein GarantiePlus-Betrag für alle armen Kinder kommt dazu und fasst
80 die Kinderregelsätze, das sich dynamisch entwickelnde soziokulturelle Existenzminimum, den
81 Kinderzuschlag und viele Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zusammen, wobei aber
82 individuelle Mehr- und Einmalbedarfe selbstverständlich erhalten bleiben. Weil nach unserem
83 grünen Konzept Eltern dem automatischen Informationsabgleich der Behörden zustimmen können
84 und dann mit einem einmaligen Antrag wie heute beim Kindergeld alle Leistungen der
85 Kindergrundsicherung automatisch ausgezahlt werden, ist die grüne Kindergrundsicherung
86 wesentlich unbürokratischer und für Eltern einfacher zu handhaben. Außerdem soll die
87 Kindergrundsicherung für Kinder Alleinerziehender nur noch zur Hälfte auf den
88 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in
89 Ein-Eltern-Familien ankommt.

90 Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien
91 finanziell zu entlasten. Von kostenloser Kita- und Hortbetreuung, dem kostenlosen Schulesen
92 oder dem kostenlosen ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber
93 Familien, die in Armut leben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass
94 die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung,
95 gesundes Schulesen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel
96 bringen. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu
97 hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden und in verdeckter
98 Armut leben, helfen wir hier unbürokratisch und direkt.

99 In Verwaltung und Arbeitswelt Hürden abbauen

100 Die Berliner Verwaltung war bislang nicht gerade für unbürokratische und schnelle Hilfe
101 bekannt – Rot-Rot-Grün hat sich hier auf den Weg gemacht und wir arbeiten weiter daran,
102 unsere Verwaltung noch fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir
103 beispielsweise einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner
104 Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein
105 besonderes Augenmerk darauf legen, die Verwaltung besonders für Familien schneller und
106 besser zu machen. Das ist besonders wichtig für Familien, die in Armut leben, da sie
107 dringender auf gewisse staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen unserer Forderung
108 nach einem Familienfördergesetz, auf die wir uns auch im Koalitionsvertrag verständigt
109 haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksämter ein Familienbüro einrichten, in dem
110 alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können und in dem auch
111 Sozialarbeiter*innen zur Beratung zur Verfügung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass
112 beispielsweise für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
113 dieselben Unterlagen eingereicht werden müssen. Wenn es möglich gemacht wird, dass ein*e
114 Sachbearbeiter*in für jede Familie alle notwendigen Unterlagen sammelt und anschließend mit
115 den zuständigen Stellen weiter verarbeitet, würde das Eltern vieles enorm erleichtern.
116 Gerade höherschwellige Zugänge, wie etwa der zum BuT, würden Familien damit erleichtert und
117 könnten wesentlich einfacher abgerufen werden. Auch die unterschiedlichen Leistungen, die
118 teilweise vom Jugendamt und teilweise vom Sozialamt finanziert werden, könnten hier zusammen
119 bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. Es ist klar, dass eine
120 Familie im Transferleistungsbezug weder den Musikschulunterricht noch die Klassenfahrt
121 zahlen kann – jeder neue Antrag ist hier eine unnötige Hürde.

122 Eine entsprechende Umstellung der Verwaltung kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Für
123 uns ist die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg. Wir brauchen
124 stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene einerseits und andererseits
125 Angebote vor Ort bei Mittagessen, Nachhilfe, Sport, und Kultur, die beispielsweise in
126 Ganztagschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden
127 zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe. Alle werden
128 bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag
129 nicht ausgefüllt wurde. Das BuT wird derzeit gerade von denen nicht in Anspruch genommen,
130 die es am nötigsten bräuchten. Das wollen wir ändern. Eine Aufgabe, bei der sowohl die
131 Länder als auch der Bund in der Verantwortung sind.

132 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, ist Prävention das entscheidendste Mittel. Die Logik
133 der Kosten-Leistungs-Rechnung des Berliner Haushalts ist damit jedoch schwer in Einklang zu
134 bringen. Damit die Bezirke hier handlungsfähiger werden und flexibler auf die Bedarfe vor
135 Ort reagieren können, haben wir uns im Rahmen der Doppelhaushaltsverhandlungen für ein so
136 genanntes Flexibudget für die Bezirke eingesetzt. Damit soll für Familien, Kinder und
137 Jugendliche in besonderen oder belastenden Lebenslagen ein frühzeitiger Zugang zu gezielten,
138 bedarfsgerechten sozialräumlichen Angeboten im Rahmen von Jugendsozialarbeit, Förderung der

139 Erziehung und Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Umgangsrecht ermöglicht
140 werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Wir
141 wollen damit die bezirkliche Steuerung und die sozialräumliche Infrastruktur durch die
142 Bereitstellung von zusätzlichen zweckbezogenen Mitteln für frühe Ansätze im Vorfeld der
143 Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung stärken.

144 Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen
145 Notsituation muss es also oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut
146 heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben
147 kann, ist dafür unerlässlich. Deshalb ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten
148 Entwurf für ein Vergabegesetz auf einen angemessenen Mindestlohn achten. Aber auch die
149 Arbeitswelt muss strukturell Wege aus der Armut unterstützen. Dafür muss es möglich sein,
150 dass Eltern eine Ausbildung in Teilzeit machen oder, wenn sie bereits in einem
151 Arbeitsverhältnis sind, für begrenzte Zeit in Teilzeit gehen und anschließend ein
152 Rückkehrrecht zu einer Vollzeitbeschäftigung haben. Wir erwarten hier von der Berliner
153 Verwaltung, dass sie eine Vorbildfunktion bei der Teilzeitausbildung einnimmt und
154 entsprechende Möglichkeiten offensiv bewirbt.

155 Rahmenbedingungen verändern

156 In Berlin gibt es aber auch viele Eltern, die gern (mehr) arbeiten würden, aber keine
157 zuverlässige Betreuung für ihre Kinder haben und es deshalb nicht schaffen, aus der Armut
158 heraus zu kommen. Deshalb kämpfen wir für ausreichend Kitaplätze und dafür, dass Eltern bei
159 der Auswahl einer Kindertagesbetreuung auch tatsächlich wieder eine Wahl haben. Alle Träger
160 brauchen bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von
161 Erbbaupachtverträgen Unterstützung und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm. In
162 Zusammenarbeit mit IHK und HWK und insbesondere den landeseigenen Betrieben wollen wir auch
163 die Einrichtung von Betriebskitas voranbringen.

164 Bildungs- und Betreuungsangebote müssen zudem den tatsächlichen Bedarf der Familien
165 abdecken. Eltern, die beispielsweise im Schichtdienst bis 20 Uhr arbeiten müssen, nützt eine
166 Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig. Hier gilt es, passende Angebote zu schaffen, die am
167 Kindeswohl orientiert sind. Verlängerte Kita-Öffnungszeiten sind dabei zwar ein Baustein,
168 können aber nicht alle Bedarfe abdecken. Berlin hat mit dem MoKiS (Mobiler
169 Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) eigentlich ein großartiges
170 Angebot für Eltern, die außerhalb von Kita-Öffnungszeiten arbeiten müssen. Das Angebot ist
171 aber zum einen zu unbekannt und zum anderen sind die Hürden, tatsächlich auf diesem Weg an
172 eine Betreuung zu kommen, viel zu hoch. Hier wollen wir ansetzen und den MoKiS bekannter
173 machen, aber vor allem leichter zugänglich.

174 Viele Familien leben über Generationen hinweg in Armut – um diesen Kreislauf zu
175 durchbrechen, braucht es auch eine langfristige Strategie. Dabei ist ein wichtiger Hebel
176 eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern dieselben Chancen bietet.
177 Dafür haben wir zuletzt 2018 in unserem Beschluss „Schule fürs Leben: Bessere Schulen, mehr
178 Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte
179 vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote in Berlin muss endlich in den Griff
180 bekommen werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden –
181 längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei
182 Hausaufgaben sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche
183 Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.

184 Aber um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft
185 und von Geburt an ansetzen. Gerade junge Mütter und Väter dürfen sich in dieser aufregenden
186 und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen fühlen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt

187 haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den Weg gebracht.
188 Die Idee dahinter: Krisen verhindern, bevor sie entstehen. Babylots*innen informieren
189 Schwangere und ihre Partner*innen über Unterstützungsmöglichkeiten nach der Geburt. Aber
190 auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und
191 Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

192 Finanzielle Armut in einer Familie bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass Eltern nicht
193 in der Lage sind, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder diese gar vernachlässigen.
194 Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren
195 Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt
196 das in vielen Fällen auch zu Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder
197 Suchterkrankungen. Gerade in solchen Situationen brauchen Familien gezielte Unterstützung.
198 Wir haben uns deshalb in den Beratungen zum Doppelhaushalt dafür eingesetzt, dass es für
199 Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut
200 durch die Schulzeit zu begleiten.

201 Darüber hinaus gibt es in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit
202 Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
203 können Kinder und Jugendliche sich frei entfalten und erfahren Unterstützung in ihrer
204 individuellen Entwicklung. Abseits von Notendruck und elterlicher Aufsicht können sie sich
205 hier ausprobieren und werden in ihren Interessen gefördert. Die Menschen, die hier mit den
206 Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen unbezahlbaren Beitrag für deren Entwicklung
207 und zum sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. Genauso wichtig sind Familienzentren oder
208 Nachbarschaftsheime, die Familien beraten und unterstützen. Viele der Familienzentren in
209 Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und
210 Erziehung hinaus, da der Bedarf an Schuldnerberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen
211 Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die
212 Familienzentren befähigen, diese Beratungen weiter zu bieten und – ähnlich wie die Early
213 Excellence Centres in England – sich weiter hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien
214 eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur
215 Bewerbungsberatung, erfahren.

216 Wer will, dass Familien gut unterstützt werden können, muss auch die im Blick haben, die
217 ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die daran arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch.
218 Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderen Menschen, die in diesen
219 Zusammenhängen arbeiten, sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit
220 entsprechend ihrer Qualifikation zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass
221 Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin
222 mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Kostenblätter, nach denen
223 freie Träger bezahlt werden, endlich so angepasst werden, dass Kostensteigerungen, die durch
224 alterndes und damit in Tarifstufen aufsteigendes und deshalb „teurer“ werdendes Personal
225 entstehen, mit abgedeckt sind. Es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter*innen in dem Moment,
226 in dem sie eine Erfahrungsstufe nach oben rutschen, ihre Arbeitsstunden reduzieren müssen,
227 damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Außerdem stellt die Tatsache, dass viele
228 Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Familienzentren und Nachbarschaftsheime nur
229 projektfinanziert sind, viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer
230 im Dezember, beziehungsweise teilweise sogar im Januar und Februar noch nicht weiß, ob er
231 für das kommende (oder bereits laufende) Jahr noch eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die
232 Probleme der Kinder, mit denen er*sie arbeitet, konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und
233 Familien immer auch Beziehungsarbeit ist, die nur langfristig funktionieren kann, wollen wir
234 mehr Einrichtungen langfristig finanzieren. Dass die rot-rot-grüne Koalition ein so gut
235 laufendes Projekt wie die Stadtteilmütter endlich in eine längerfristige Finanzierung
236 überführt hat, ist deshalb ein guter Schritt! Und die Stadtteilmütter zeigen auch:

237 Aufsuchende, begleitende Eltern- und Familienarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg. Es bleibt
238 daher unser Ziel, mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter Familien unabhängig von
239 ihrer Herkunft zu unterstützen. Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung
240 des Koalitionsvertrages hier auf Kosten der Stadtteilmütter und der betroffenen Familien
241 Zeit lässt.

242 Wir wollen die aufsuchende Familienarbeit wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt
243 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
244 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

245 Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach §16 des Achten
246 Sozialgesetzbuches der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie vorgesehen sind,
247 müssen rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert
248 werden. Das Angebot muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und mit qualitativen sowie
249 quantitativen Fachstandards verbindlich abgesichert werden. Dafür wollen wir mit der rot-
250 rot-grünen Koalition noch in dieser Wahlperiode ein Familienfördergesetz erlassen. Wir
251 erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass ein entsprechender Entwurf so
252 rechtzeitig vorgelegt wird, dass er noch 2020 beschlossen werden kann.

253 Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein Problem – aber gerade für Familien,
254 die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem gewohnten Umfeld
255 verdrängt. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos, weil sie zwangsgeräumt wurden.
256 Sie leben oft in Unterkünften, die nicht an die Bedarfe von Kindern angepasst sind: Familien
257 teilen sich meist ein Zimmer, so dass es keine Rückzugsmöglichkeiten oder Raum für
258 Entfaltung für die Kinder gibt. Berlin hatte als erste Stadt in Deutschland eine
259 Notunterkunft für wohnungslose Familien. Allein, dass eine solche Einrichtung nötig ist, ist
260 beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich
261 keine Familien geräumt werden und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch
262 bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung
263 wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, damit Mietschulden
264 gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.

265 Wir kämpfen außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür wollen wir den Bau neuer Wohnungen
266 beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein. Unsere
267 grünen Stadträt*innen schaffen deshalb immer mehr Milieuschutzgebiete und ziehen immer
268 häufiger das Vorkaufsrecht oder sichern durch Abwendungsvereinbarungen bezahlbaren Wohnraum.
269 Und der von der rot-rot-grünen Regierung in Berlin beschlossene Mietendeckel ist ein
270 wichtiger Schritt zur Eindämmung der Mietenexplosion. Auch die von uns etablierte Fachstelle
271 gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt hilft vielen Familien im Sozialleistungsbezug,
272 da viele Vermieter*innen Familien im Leistungsbezug bei der Wohnungsvergabe benachteiligen.
273 Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass gemeinwohlorientierte Bauträger*innen wie
274 Genossenschaften und Stiftungen gefördert werden. Wir wollen einen höheren Anteil an
275 Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.

276 Mit Grün: gute Startchancen für alle Kinder

277 Um Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es ein Bündel an Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene,
278 das Familien sowohl finanziell entlastet als auch durch veränderte Rahmenbedingungen in
279 Verwaltung, Arbeitswelt, Schule und Kita unterstützt, ausreichend bezahlbaren Wohnraum,
280 Beratungsangebote und Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft. Bündnis
281 90/Die Grünen Berlin stellen sich dieser Herausforderung – denn für uns ist klar: Kein Kind
282 darf aufgrund seines familiären Hintergrunds benachteiligt sein; wir kämpfen weiter dafür,
283 dass alle Kinder gute Startchancen ins Leben haben!

L-02 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 31.10.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

1 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

2 „Es sind die Städte, wo der Kampf um das Klima weitestgehend gewonnen oder verloren wird“
3 António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

4 In Berlin jagt ein Rekord-Hitze-Jahr das nächste, die Bäume bekommen zu wenig Wasser und
5 wenn es dann regnet, fällt oft so viel Niederschlag, dass er durch die versiegelten
6 Stadtflächen kaum aufgenommen werden kann. Allein im Jahr 2018 sind laut dem Robert-Koch-
7 Institut mehr als 800 ältere Menschen an der Hitzewelle in Berlin und Brandenburg gestorben.
8 Das sind nur die spürbarsten Auswirkungen der Klimakrise, die nun auch Berlin erreicht. Doch
9 Berlin steht nicht allein da. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels verheerend. Die
10 Gletscher schmelzen rapide, die Dürren in der Sahelzone sind länger denn je und die
11 Permafrostböden in der Tundra tauen immer schneller auf. Das Artensterben hat
12 erdgeschichtliche Dimensionen angenommen und immer mehr Inseln und Küstenregionen werden
13 Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die
14 Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Die Klimakrise wird sich
15 nicht nur lokal lösen lassen, aber wir können und müssen aus Berlin dazu beitragen, diese
16 Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir radikal handeln
17 müssen, um unsere Lebensgrundlage noch zu retten.

18 Das, und nicht weniger, ist unser Ziel! Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere
19 abschieben, sondern müssen mit voller Kraft auf allen Ebenen Maßnahmen für den Klimaschutz
20 ergreifen. Aber statt beherzt anzupacken, legt die Bundesregierung ihre Hände in den Schoß.
21 Das sogenannte Klimapaket ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen,
22 ehrlichen CO₂-Preis wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen
23 Modernisierung von Gebäuden und einen schnellen Kohleausstieg brauchen wir von Klimaschutz
24 gar nicht zu sprechen. Und ohne eine Abkehr von der Massentierhaltung ist das Label
25 Klimaschutz auf dem Paket nur ein Etikettenschwindel. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist
26 das aber kein Grund, nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Wir werden die
27 Verantwortung, die wir hier tragen, auch weiterhin annehmen. Wir wollen und werden handeln,
28 sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Dabei werden wir uns nicht mit einzelnen,
29 symbolischen Maßnahmen zufriedengeben, sondern wollen vor allem strukturelle Änderungen in
30 Angriff nehmen. Denn die viel zu oft angeführten „Sachzwänge“ sind bei genauerer Betrachtung
31 meist auf strukturelle Fehler zurückzuführen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die
32 Strukturen und Verfahren so verändern, dass sie dauerhaft für eine sozial-ökologische
33 Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen. Denn wir meinen es ernst
34 mit dem Klimaschutz.

35 Klimaschutz ist für uns kein neues Modethema, sondern entscheidend, um eine lebenswerte
36 Zukunft für uns und nachfolgende Generationen zu schaffen. Wir stehen hier auch in der
37 Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die weniger zur Klimakatastrophe
38 beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind. In diesem Wissen haben wir uns
39 schon 2016 mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Berlin hohe Ziele für konsequenten
40 Klimaschutz in Berlin gesetzt, die wir Schritt für Schritt abarbeiten – vor Augen haben wir
41 dabei das viel größere Ziel, den nötigen, umfassenden Umbau unserer Gesellschaft und unserer
42 Stadt. Mit Deutschlands erstem Mobilitätsgesetz bauen wir Berlin sukzessive zu einer

43 nachhaltigen Stadt um. Klimafreundliche Mobilität und schwächere Verkehrsteilnehmer*innen
44 haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28
45 Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der
46 Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine
47 völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend
48 überflüssig macht.

49 Mit einer Grünbauoffensive wollen wir auch im neuen Doppelhaushalt ein klares Signal setzen,
50 dass Klimaschutz kein Luxus ist, sondern existentiell für Wohlbefinden und
51 Überlebensfähigkeit. Denn alle Menschen müssen sich Klimaschutz leisten können. Mit der
52 Charta für das Berliner Stadtgrün entwickeln wir einen Leitplan, um das Stadtgrün zu
53 schützen und zu pflegen und haben dafür bereits im letzten Haushalt die Mittel um mehr als
54 150 Prozent erhöht. Bei der Regenwasserbewirtschaftung haben wir einen Paradigmenwechsel
55 eingeleitet, der Berlin zur Schwammstadt macht. Und mit dem Berliner Energie- und
56 Klimaschutzprogramm (BEK) haben wir den Fahrplan zu einer klimaneutralen und
57 klimaangepassten Stadt festgelegt. Wir bauen das Stadtwerk aus und stellen die Berliner
58 Busflotte auf Elektro um. Wir steigen schrittweise bis 2030 aus der Kohleverstromung aus und
59 beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist.
60 Und mit einer umfassenden Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft Berlin beginnen wir,
61 die Ernährungswende in Berlin Wirklichkeit werden zu lassen. All das sind Schritte auf dem
62 Weg zu einer Stadt, die klimaneutral ist, die mit der Natur funktioniert, nicht gegen sie,
63 und die dadurch den Berliner*innen mehr Lebensqualität gibt. Eine solche Stadt gibt es
64 bislang weltweit nicht. Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert
65 werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und
66 Lebensqualität zusammengehören.
67 Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir
68 brauchen mehr!

69 Klimavorbehalt jetzt!

70 Um Klimaschutz wirklich in den Strukturen zu verankern, müssen wir die klimapolitischen
71 Folgen aller politischen Entscheidungen abschätzen und abwägen. Deshalb müssen die
72 Klimafolgen ein wichtiges Kriterium für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem
73 ersten Schritt mehr Transparenz über die Klimarelevanz politischer Entscheidungen und eine
74 Klimafolgenabschätzung nötig. Um dies dauerhaft in den Strukturen zu verankern, wollen wir,
75 dass die zu erwartenden CO₂-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden.

76 Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren
77 Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen,
78 inwieweit auch Klima-Monitoring in Berlin eingesetzt werden kann, um dauerhaft und
79 strukturell die Belastung des Klimas zu evaluieren. Das vom Bündnis für Klimaschutz der
80 Kommunen entwickelte Monitoringsystem BSKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf
81 angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen. Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten,
82 wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Darüber hinaus
83 streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein
84 Jahresziel, sondern eine CO₂-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung
85 von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Energie- und
86 Klimaverwaltung übernommen wird.

87 Aus den Bezirken heraus das Klima retten!

88 Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine
89 zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in pro Bezirk,
90 die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit

91 konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der
92 Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

93 Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden und somit für
94 eine atmende Stadt zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich
95 gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Was wir
96 heute bauen, wird auch noch in den nächsten Jahrzehnten Berlin prägen. Daher ist es
97 entscheidend, dass alle, die jetzt neu bauen, auch wissen, was ökologisch machbar und
98 notwendig ist, welche Materialien zur Verfügung stehen und welche Fördertöpfe es gibt.
99 Maßnahmen gibt es viele, doch oft fehlt schlicht das Wissen.

100 Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten-und-Leistung-
101 Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in
102 die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte
103 beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger
104 finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und
105 konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

106 Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu
107 können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und
108 personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der
109 Bäume deutlich erhöht wird. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit
110 Berlin weiter grün aufblüht.

111 In den Berliner Bezirken wächst eine vielfältige Landschaft spannender Initiativen für eine
112 nachhaltige Ernährung: gläserne Küchen, urbane Gärten, Verteilnetze der solidarischen
113 Landwirtschaft, Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort.
114 Bündnis 90/Die Grünen Berlin fördern und unterstützen diese Initiativen, z.B. durch die
115 Einrichtung von LebensMittelpunkten in den Berliner Kiezen. Dort sollen Räume für
116 Initiativen und kleine Unternehmen entstehen, um Lebensmittel zu lagern, zu verteilen und
117 weiter zu verarbeiten. LebensMittelpunkte sollen auch Orte der Begegnung, des gemeinsamen
118 Kochens und des Austauschs werden.

119 Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität umbauen und es
120 ermöglichen, endlich auch Dienstfahrräder anzubieten.

121 Indem wir die Bezirke beim Klimaschutz stärken und besser ausstatten, ermöglichen wir
122 wegweisende strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken und nachhaltig eine
123 Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.

124 Berlin geht voran: Raus aus der Kohle, rein in die Erneuerbaren

125 Berlin wird bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Bereits 2017 haben wir
126 das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz genommen und stoßen so jedes Jahr 600.000 Tonnen CO₂
127 weniger aus. Auch die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks Reuter ist ein großer Schritt und
128 verringert den Berliner CO₂-Ausstoß um 400.000 Tonnen. Damit haben wir in dieser
129 Legislaturperiode zwei von anfangs noch vier verbliebenen Kohlekraftwerken vom Netz
130 genommen.

131 Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen die Strom-
132 und die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner
133 Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Dies ist
134 entscheidend, denn die Produktion von Wärme erzeugt mit großem Abstand das meiste CO₂ in
135 Berlin. 18 Prozent des gesamtberliner CO₂-Ausstoßes ist verschuldet durch die jährliche

136 Verfeuerung von 1,2 Millionen Tonnen Steinkohle. Damit muss so schnell wie möglich Schluss
137 sein.

138 Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie
139 vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen
140 können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet
141 werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas
142 zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive
143 mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir
144 effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf
145 nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status
146 Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und
147 Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben
148 werden. Zur Initiierung, Umsetzung und Begleitung entsprechender Pilotprojekte werden wir
149 die Energieverwaltung weiter stärken. Um die vorhandenen Erneuerbaren Energienpotentiale
150 besser und schneller zu nutzen und den Kohleausstieg zu meistern, sollte die energetische
151 Modernisierung der Gebäude konsequent und sozialverträglich vorangebracht werden. Um die
152 Integration Erneuerbarer Energien und Abwärme in die Wärmenetze voranzutreiben, fordern wir
153 darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale
154 emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv zu analysieren.

155 Wir wollen weiterhin den kommunalen Einfluss auf die Energienetze stärken, um Potentiale für
156 Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems besser zu nutzen und Einnahmen in
157 eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben der Fortführung der
158 Rekommunalisierungsverfahren werden wir auch Gespräche mit den derzeitigen
159 Netzbetreiber*innen führen, um den gemeinsamen Nutzen für eine nachhaltige und
160 sozialverträgliche Energiewende zu identifizieren und sie insbesondere auf eine
161 gesamtstädtische Energieplanung zu verpflichten.

162 Wenn wir die Zukunft unsere Lebensgrundlage nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen wir den
163 Wärme- und Energieverbrauch in unseren Häusern erheblich reduzieren. Auch die Wärmeerzeugung
164 jenseits des Fernwärmenetzes müssen wir in den Blick nehmen. Deshalb haben wir mit dem BEK
165 auch ein Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen aufgelegt und werden erneuerbare
166 Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz erarbeiten,
167 wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die
168 künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt
169 wird.

170 Dazu haben wir bereits die Beratung für die energetische Quartierssanierung auf den Weg
171 gebracht. So ermöglichen wir eine gemeinschaftliche ökologische Versorgung mit Wärme, die
172 energieeffizienter und günstiger ist als isolierte Einzellösungen. So kann örtlich erzeugte
173 Wärme aus verschiedenen regenerativen Quellen in Nahwärmenetze eingespeist, mit Speichern
174 verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, Geothermie
175 oder Power2Heat aus Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus fördern wir
176 auch seit Anfang Oktober über das Förderprogramm „Energiespeicher PLUS“ Stromspeicher mit bis
177 zu 15.000 Euro.

178 Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem
179 Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten
180 Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen
181 zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell
182 befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-
183 Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.

184 Auch den Mieterstrom werden wir deutlich ausbauen. Die bisherigen Mieterstrom-Projekte des
185 Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter*innen mit CO₂-
186 sparendem Photovoltaik-Strom.

187 Für uns ist klar: Die öffentlichen Gebäude müssen als Vorbild dienen und vorangehen. Wir
188 setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von
189 Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, damit in Zukunft
190 unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann. Der von unserer
191 Energiesenatorin Ramona Pop angestoßene „Masterplan Solar City“ hat gemeinsam mit vielen
192 Akteur*innen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eine ganze Reihe von strukturellen
193 Hemmnissen identifiziert, die wir nun angehen bzw. beseitigen müssen und wollen. Im Rahmen
194 der Implementierung des Masterplans Solar City wollen wir auch mehr Photovoltaik-Anlagen auf
195 Gebäuden errichten, die im Eigentum von natürlichen Personen oder Unternehmen sind. Mit der
196 Novelle des Berliner Energiewendegesetzes werden wir nicht nur die Klimaziele von Paris für
197 das Land verpflichtend machen, sondern den Klimaschutz so in den Strukturen verankern, dass
198 endlich alle Ressorts dazu beitragen. Und wir nehmen die landeseigenen Unternehmen stärker
199 in die Pflicht: Wir wollen, dass alle Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie
200 möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige
201 Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung
202 der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan
203 Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen
204 führen.

205 Mit unserem Beschluss „[Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!](#)“ haben wir darüber hinaus
206 noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin zur Hauptstadt der Erneuerbaren
207 Energien wird.

208 Bauen wir die Zukunft

209 Nach wie vor sind Gebäude und vor allem die Wärmeerzeugung der größte CO₂-Erzeuger in
210 Berlin. Wir müssen daher bei Neubauten von vornherein alle Möglichkeiten ausschöpfen, um CO₂
211 zu binden, durch ökologische Standards bei den Baustoffen gar nicht erst zu erzeugen bzw.
212 immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken.

213 Die Häuser und Quartiere, die wir heute planen und bauen, prägen unser Stadtbild und unsere
214 Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch, klimaneutral und
215 nachhaltig angelegt werden. Wir setzen beim Bau neuer Gebäude und bei der Modernisierung auf
216 ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Baustoffe wie Holz, Lehm,
217 Naturstein oder Recyclingbeton. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen
218 Beschaffung haben wir für die öffentlichen Bauvorhaben bereits eine wichtige Weiche
219 gestellt. Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben für
220 landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines
221 Holzbaucusters, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten
222 beim Holzbau zu erfüllen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen
223 Neubauten. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung machen größere
224 Wohnungsbauvorhaben klimafest.

225 In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden. Die Nähe
226 von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie Infrastruktur für Bildung und Kultur, Naherholung und
227 Versorgung ist wichtig, da sie nicht nur ihren Teil zur besseren Klimabilanz beiträgt,
228 sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht. Quartiere, die wir jetzt planen,
229 müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn
230 erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und

231 Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend sein und zwingend umgesetzt
232 werden. Dafür stellen wir für alle landeseigenen Gebäude verbindliche Sanierungsfahrpläne
233 auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO₂-Schadenspreis ein.
234 Gleiches gilt für die Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und alle
235 Gebäude der landeseigenen Betriebe. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter und muss
236 die Umsetzung guter Lösungen aktiv und wirkungsvoll vorantreiben. Um die Ziele zu erreichen
237 müssen wir Strukturen und Vorschriften, die Klimaschutz und Klimaresilienz befördern, fest
238 in den Bebauungsplänen integrieren. Auch bei städtebaulichen Rahmenverträgen, Wettbewerben
239 oder anderen Instrumenten müssen klimaschützende Maßnahmen zentrale Entscheidungsmerkmale
240 sein.

241 Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen dauerhaft und strukturell zu fördern,
242 werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen Bauweise in einem Informationszentrum
243 für energetisches, sozialverträgliches und nachhaltiges Bauen und Modernisieren öffentlich
244 zugänglich machen. Wir wollen ein Bauinformationszentrum, das eine breite Beratung von
245 öffentlichen und privaten Eigentümer*innen jeglicher Größe und Couleur sicherstellt.
246 Wichtige Aktivitäten sind die Kommunikation und die Vernetzung der Akteur*innen, die
247 anwendungsorientierte Forschung (unter Nutzung der Berliner Hochschul- und
248 Forschungslandschaft) und die Begleitung und Dokumentation von Projekten und Vorhaben. Mit
249 der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits
250 geschaffen.

251 Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch vor allem die energetische Modernisierung der
252 Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und
253 die Qualität der Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Klimaschutzziele 2030 zu
254 erreichen. Zudem werden häufig nicht einmal die vorausberechneten Energieeinspareffekte
255 durch die Modernisierungen erreicht.

256 Fest steht, dass wir unsere Anstrengungen vervielfachen müssen, um den Zielen des Pariser
257 Klimaschutzabkommens gerecht zu werden. Wir wissen: Dazu müssen wir die verschiedenen
258 Hauseigentümer*innen gewinnen. Dabei setzen wir auf eine Mischung aus aktivierender
259 Beratung, bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten und ordnungsrechtlicher Verpflichtung zu
260 einfach umsetzbaren und rasch erfolgversprechenden Maßnahmen sowie zur Erstellung von
261 verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte.

262 Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung der eigenen Bestände eine
263 Vorbildrolle zu. Das gilt nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern auch für die
264 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Wir setzen uns deshalb dort für
265 Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie
266 Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden.

267 Bei der Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich brauchen wir eine gerechte
268 Lastenteilung zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und der öffentlichen Hand. Dazu bedarf
269 es endlich einer Reform des Mietrechts auf Bundesebene, denn das derzeitige System, das die
270 Kosten energetischer Modernisierungen im Mietwohnungsbestand komplett auf die Mieter*innen
271 abwälzt, ist mehr als unsozial. Zudem führt die Modernisierungsumlage, die der
272 Bundesgesetzgeber vorschreibt, zu keiner ökologischen Steuerung und wird oft für
273 Mietsteigerungen durch die Hintertür bis hin zum „Herausmodernisieren“ weniger-
274 zahlungskräftiger Bewohner*innen missbraucht. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb
275 ein Drittelmodell, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung
276 der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen
277 überschaubar und kalkulierbar zu halten. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels

278 geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter*innen muss gedeckelt
279 werden.

280 Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. Für uns ist klar, dass der Mietendeckel
281 das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch
282 nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben
283 wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter*innen,
284 auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die
285 Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich
286 umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert
287 werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit
288 geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu
289 tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit. Für bereits
290 energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen
291 Klimazuschuss zum Wohngeld sowie generell für eine echte Härtefallregelung ein, damit sich
292 auch Haushalte mit geringen Einkommen diese Wohnungen leisten können.

293 Verkehrswende ist Klimawende

294 Neben den Gebäuden ist der Verkehr der zweitgrößte Verursacher von CO₂ in Berlin. Daher ist
295 die Verkehrswende nicht nur geboten, um Berlin lebenswerter zu gestalten, den Verkehr
296 sicherer zu machen und eine faire Verteilung des öffentlichen Raums zu erreichen, sondern
297 auch, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden.

298 Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert
299 werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes
300 ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer
301 Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen
302 Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster.
303 Dies wollen wir gestalten und steuern.

304 Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto aufs Rad, in Bus oder Bahn oder auf
305 die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten
306 Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit
307 dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver.

308 Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist*innen für die Zeit ihres
309 Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Wir halten auch am Ziel der
310 Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch
311 gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können,
312 und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.
313 Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür
314 einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland
315 einen angemessenen Preis erhält. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden
316 Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit
317 der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien und
318 einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir das
319 Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an
320 Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Dabei setzen wir besonders auf den
321 Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030
322 wird der gesamte öffentliche Nahverkehr elektrisch betrieben – auch das ist eine lohnende
323 Investition in den Klimaschutz.

324 Alltagswege wollen wir kurz, angenehm und sicher gestalten, damit sie klimaschonend zu Fuß
325 zurückgelegt werden können. Fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und
326 ein konsequenteres Vorgehen gegen Falschparker*innen sollen dazu beitragen. Dazu wollen wir
327 uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Strafen für Falschparken, gerade auf Fuß- oder
328 Radwegen oder gar auf Baumscheiben und Grünflächen, auf mindestens 100 Euro deutlich zu
329 verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. Auch Sharing-Angebote haben auf den
330 Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße
331 oder auf Parkplätzen geschaffen werden.

332 Neben dem bereits erarbeiteten Kapitel zum Rad- und Fußverkehr werden wir das
333 Mobilitätsgesetz auch um einen Teil zum Wirtschaftsverkehr erweitern. Um die Straßen zu
334 entlasten, ist es für uns zentral, die Auslieferung von Paketen zu zentralisieren und
335 dauerhaft auf Lastenräder umzustellen. Erste Projekte, die ausgehend von zentralen
336 Lagerstellen die Anwohner*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und
337 wollen sie immer weiter ausbauen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den
338 Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen
339 weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten. Und wir
340 unterstützen die Unternehmen beim Umstieg auf die Elektromobilität. Mit dem Förderprogramm
341 „Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte
342 geschaffen.

343 Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen für Kinder die Kieze
344 vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
345 wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen
346 auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch
347 nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen
348 und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug
349 mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

350 Klimaschutz beginnt beim Essen

351 Nicht nur durch Wärme und Verkehr erzeugen wir CO₂, sondern auch durch unsere Ernährung. Mit
352 unseren Kaufentscheidungen und Ernährungsgewohnheiten tragen wir Verantwortung dafür, wie
353 viel der klimaschädlichen Emissionen CO₂, Methan und Lachgas durch Massentierhaltung,
354 konventionellen Ackerbau und Transport von Lebensmitteln verursacht werden. Als größte
355 Verbraucherstadt Deutschlands haben wir es in der Hand, für eine klimafreundliche
356 Landwirtschaft zu sorgen. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer
357 Ernährungswende. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In
358 Berlin haben wir dafür die Kantine Zukunft Berlin nach dem Vorbild des Kopenhagener House of
359 Food auf den Weg gebracht. Diese soll neben der Bereitstellung von Informationen vor allem
360 die öffentlichen Kantinen in den Berliner Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen, den Kitas
361 und anderen staatlichen Einrichtungen beraten und dabei unterstützen, Schritt für Schritt
362 das Angebot so umzustellen, dass deutlich mehr regionale, ökologische und vegan-vegetarische
363 Produkte angeboten werden. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Land
364 Brandenburg. Als größte deutsche Stadt kann Berlin mit einer Umsteuerung der
365 Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen und ökologischen Produkten einen
366 erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die
367 Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen.

368 Mit der Ernährungsstrategie, die derzeit in einem partizipativen Prozess mit der
369 Stadtgesellschaft erarbeitet wird, legen wir den Grundstein für den Weg hin zu einem
370 nachhaltigeren, urbanen Ernährungssystem. Wir bündeln in dieser Strategie Ziele, Maßnahmen
371 und Visionen, nehmen Impulse aus der Gesellschaft auf und unterstützen die gesellschaftliche

372 Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch
373 produzierten Lebensmitteln fordert. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine
374 Ernährungswende arbeiten.

375 Wir wollen aber auch, dass weniger Essen weggeschmissen wird. Gerade Supermärkte sind hier
376 in der Verantwortung, neue Wege zu gehen. Dass das Mitnehmen von weggeschmissenem Essen, das
377 sogenannten Containern, noch unter Strafe steht, ist nicht nachvollziehbar. Daher begrüßen
378 wir die Bundesratsinitiative unseres Landwirtschaftssenators Dirk Behrendt, dieses zu
379 legalisieren, und treten darüber hinaus für ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln
380 bei Supermärkten ein.

381 Durch eine strukturelle Veränderung bei den auswärtigen Essensangeboten durch die Kantine
382 Zukunft Berlin und eine deutliche Verringerung von weggeworfenem Essen schaffen wir den
383 strukturellen Einstieg in die Ernährungswende und werden dauerhaft für den Klimaschutz
384 Erfolge erreichen.

385 Berlin muss grüner werden

386 Bäume binden CO₂ und Grünflächen tragen dazu bei, dass Wasser versickern kann und so die
387 Stadt gekühlt und Pflanzen mit Nahrung versorgt werden. Blumen stellen die Nahrungsquelle
388 für Insekten und Bienen dar. Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer
389 besseren Lebensqualität bei, sondern rettet auch das Klima.

390 In unserem [Beschluss „Grün statt Grau“](#) haben wir dazu bereits ausführlich Stellung bezogen.
391 Zentral bleibt dabei für uns, dass wir nicht nur vorhandene grüne Oasen – die Parks, die
392 Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – schützen, sondern auch dafür Sorge
393 tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. Wir wollen, dass Grünflächen und
394 Grünverbindungen in Berlin ein vitales Netz ergeben. Seien es Hinterhöfe oder Dächer, seien
395 es Parkplätze oder Vorplätze – noch immer gibt es riesige Potenzialflächen, die entsiegelt
396 und begrünt werden können. Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den
397 Ankauffonds ausweiten und noch mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert
398 werden. Und wenn durch Neubauten Grün verdrängt wird, muss es an anderer Stelle in Berlin
399 wieder entstehen. Dabei ist entscheidend, dass Ausgleichszahlungen nur im absoluten
400 Ausnahmefall möglich sind. Mit dem Ökokonto verändern wir die Strukturen dauerhaft so, dass
401 das Land Berlin Stadtgrün und Biotopflächen schon vorab qualitativ hochwertig und
402 zusammenhängend entwickeln kann und diese im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen
403 refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm und schaffen einen
404 Systemwechsel, bei dem auch die ökologische Qualität bei den Ausgleichsmaßnahmen eine
405 entscheidende Rolle spielt.

406 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in allen Quartieren genügend Grünflächen für
407 Erholung, Bewegung, Begegnung und Naturerfahrung gibt. Diese sollen auch Platz für
408 standortgerechte Vegetation und Lebensraum für Tiere bieten. Parks und Grünflächen steigern
409 nicht nur die Gesundheit und Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und
410 Frischluftpuffer. Neben Dachgärten, Fassaden- und Dachbegrünungen müssen deshalb ausreichend
411 öffentliche Spielplätze und Parks eingeplant werden.

412 Dabei stellen uns die Sturm-, Brand- und Dürreschäden der letzten Jahre vor große
413 Herausforderungen, eröffnen aber gleichzeitig auch eine Chance. Das reine Aufforsten der
414 Wälder in altbekannter Art ist keine Option. Mit Blick auf die absehbaren Folgen des
415 Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem
416 naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege.

417 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um den Genpool zu
418 stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich genügend
419 Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und Flüsse,
420 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
421 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
422 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
423 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Naturschutz- und
424 Waldbaumaßnahmen müssen besser mit den Bürger*innen kommuniziert werden, um Akzeptanz für
425 Natur- und Klimaschutzmaßnahmen zu erzeugen. Dazu werden wir Naturwachtstützpunkte und
426 Rangerstellen in den größeren Waldgebieten und Biotopen Berlins einrichten.

427 Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und
428 Klimaschutz nicht nur eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet, sondern legt damit
429 konkrete Handlungsmaßnahmen vor, wie wir die Stadt in den kommenden Jahren dauerhaft
430 verändern. Die Vielzahl vorhandener Konzepte für das Grün ist eine gute Grundlage – sei es
431 der Kleingartenentwicklungsplan, die Friedhofsplanung, die Strategie Stadtlandschaft, das
432 Landschaftsprogramm, die Strategie biologische Vielfalt oder der Stadtentwicklungsplan
433 Klima. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien
434 mit Leben gefüllt werden und das Stadtgrün durch konkrete Maßnahmen dauerhaft bewahrt und
435 gestärkt wird. Bei diesen Bemühungen ist darauf zu achten, dass im Sinne der
436 Umweltgerechtigkeit vor allem dort das Stadtgrün für benachteiligte Menschen gestärkt und
437 ausgebaut wird, wo Grün- und Erholungsflächen eher Mangelware sind.

438 Klimaverantwortlich wirtschaften und finanzieren

439 Was wir konsumieren und kaufen erzeugt CO₂ in anderen Teilen der Welt. Wir stehen auch zu
440 dieser Verantwortung. Deshalb sollen die landeseigenen Unternehmen beispielhaft vorangehen:
441 Wir wollen, dass sie ihre Klimawirkungen in den unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten
442 transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie möglichst schnell klimaneutral
443 wirtschaften können. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen seiner Aufsichtskompetenzen die
444 Erarbeitung eines solchen Fahrplans in den Zielvereinbarungen der Unternehmen zu verankern
445 und die Umsetzung als Teil der variablen Vergütung der Geschäftsleitungen zu vereinbaren.

446 Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik soweit wie möglich an den
447 Klimazielen ausrichten. Auch bei der Vergabe von nicht umweltschutzbezogenen Bundes- oder
448 EU-Mitteln soll sie die Klimawirkungen der Endkredite bei ihren Entscheidungen
449 berücksichtigen. Auch hier gilt somit der Klimavorbehalt. Wir verzichten auf die Förderung
450 klimaschädlicher Geschäftsmodelle.

451 Gerade im Kontext des Klimawandels muss Digitalisierung endlich nachhaltig gestaltet werden.
452 Wir fordern langfristig eine Umgestaltung des Lebenszyklus' der Informationstechnologie
453 (IT). Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von IT, um den bisherigen ökologischen
454 Fußabdruck zu reduzieren. Dafür muss sichergestellt werden, dass Anwendungs- und
455 Systemsoftware auch bei Weiterentwicklung und Aktualisierung auf allen Geräten lauffähig
456 bleibt. Die Ausstattung muss auf eine lange Nutzung und Erweiterbarkeit ausgelegt und durch
457 OpenSource gefördert werden. Die Reparatur von Hardware muss für alle zugänglich werden.
458 Deshalb sprechen wir uns für ein Recht auf Reparatur aus – diesem werden wir auf Bundesebene
459 Nachdruck verleihen. Berliner Unternehmen und Institutionen, die hier bereits vorangehen,
460 werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.

461 Regulatorische Änderungen im Finanzsystem müssen auf EU- und Bundesebene erfolgen. Aber auch
462 auf Landesebene gibt es Spielräume: Die Altersversorgungsrücklagen des Landes Berlin werden
463 bereits teilweise als nachhaltige Kapitalanlagen bewirtschaftet. Dies wollen wir ausbauen,

464 vor allem durch die Erhöhung des nachhaltig bewirtschafteten Betrags und die Anwendung
465 strengerer Standards, damit aus dem öffentlichen Dienst entstehende Pensionen und Renten
466 nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.

467 Wann wenn nicht jetzt!

468 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sind dem Klimaschutz verpflichtet. Wir stehen zum Pariser
469 Klimaschutzabkommen und werden alles tun, damit Berlin seiner Verantwortung gerecht wird.
470 Mit den beschriebenen Maßnahmen werden wir die Strukturen so verändern, dass wir die sozial-
471 ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. Für uns ist klar, dass
472 wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große
473 Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO₂ wir einsparen.
474 Entscheidend ist, dass wir radikal vernünftige Maßnahmen so schnell wie möglich
475 implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden
476 wir dafür nutzen, um ausgehend von den hohen Zielen im Koalitionsvertrag noch eine deutliche
477 Schippe drauf zu legen.